



Lokalwahlen in einem Dorf der chinesischen Provinz Shanxi

ern. Die Schlussfolgerung der Studie: Das Volk müsse „schrittweise“ das Recht auf „Direktwahlen“ erhalten.

Diese Analyse ist eine Ohrfeige für die KP-Bosse, die ihre Diktatur mit dem Argument rechtfertigen, die Nation sei noch zu ungebildet und daher gefährdeten Wahlen die „gesellschaftliche Stabilität“. Solch platte Parteiparolen rügt auch Li Rui, 85, in der Zeitschrift „China Chronik“. Der ehemalige Privatsekretär von Staatsgründer Mao Zedong hatte während des 16. Parteitag im November nicht nur transparente Wahlen der KP-Führung, sondern auch in ungewöhnlicher Offenheit eine unabhängige Justiz und eine freie Presse gefordert. Li: „Autokratie ist die Quelle von Unruhen.“

JOHN LEICESTER / AP



MARC DARCHINGER

Die KP-Mandarine **KP-Chef Hu** reagieren mit Härte auf die Appelle nach Basisdemokratie. Während Li wegen seiner Verbindung zu Mao verschont bleiben dürfte, ließen sie in der Nordostprovinz Liaoning mehrere Arbeiterführer „wegen versuchten Umsturzes“ verhaften. Ihr Verbrechen: Sie hatten gegen ausbleibende Löhne und Renten sowie korrupte Funktionäre demonstriert. Hinter Gittern sitzen inzwischen auch Unterzeichner einer Petition an den 16. Parteitag, die verlangt hatten, das Tiananmen-Massaker vom 4. Juni 1989 als Fehler anzuerkennen.

CHINA

Ohrfeige für die Mandarine

In Pekings KP melden sich zunehmend Kritiker zu Wort, die offensichtlich die Toleranz der neuen Führung unter Generalsekretär Hu Jintao testen wollen. Einer der überraschendsten Vorstöße kommt aus dem bislang zahnlosen Nationalen Volkskongress. Das Parlament ließ wissenschaftlich untersuchen, ob

die 1,3-Milliarden-Bevölkerung „politisch reif“ genug sei für freie Wahlen. Ergebnis: Das „demokratische Bewusstsein“ der Bürger und ihr Wunsch, die eigenen Interessen zu vertreten, sei vor allem bei Chinesen „mit mittlerem und unterem Einkommen“ stark ausgeprägt. Dazu zählten auch die über 800 Millionen Bau-

RUSSLAND

Generäle machen gegen Westkurs mobil

Mit harter Hand säubert Russlands Präsident Wladimir Putin die Armee von politischen Widersachern. Kurz vor Weihnachten entließ der Kreml-Chef Gennadij Troschew, Befehlshaber des Wehrkreises Nord-Kaukasus, zu dem auch Tschetschenien gehört. Troschew hatte vor laufenden TV-Kameras ein Angebot des Verteidigungsministers und Putin-Freundes Sergej Iwanow abgelehnt, den fernen sibirischen Wehrkreis zu übernehmen – ein in der russischen Militärgeschichte beispielloser Vorgang. Troschew, der sich mit seinen unverblühten Memoiren bei Kollegen in der Etappe wie auch im Kreml reichlich Gegner geschaffen hatte, pflegt gute Beziehungen zur



General Troschew (M.), Präsident Putin (2000)

nationalpatriotischen Opposition. Der Front-General zählt zu einer informellen „Militärpartei“ von Hardlinern, die Putins außenpolitischen Westkurs ablehnen. Zuvor hatte Putin bereits den aufmüpfigen Generaloberst Leonid Iwaschow entlassen, im Generalstab zuständig für internationale Beziehungen. Experten in Moskau sehen die Troschew-Entlassung als bislang deutlichstes Indiz für Putins rigorose ideologische Gleichschaltung, der vor allem Kritiker des neuen Westkurses zum Opfer fallen. Und die nächste Entlassung scheint schon programmiert: Um seinen Posten muss jetzt auch Generalstabschef Anatolij Kwaschnin fürchten,

wie Troschew ein erprobter Heerführer. Kwaschnin hat sich als scharfer Gegner von Verteidigungsminister Iwanow erwiesen und widersetzt sich dem Kurs Putins sowie dessen Plänen zur Schaffung einer modernen Berufarmee.